

Stand: 30.04.2026 08:30:05

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/670

"Ankündigungen in Taten umsetzen - mit neuen Planstellen jungen Lehrerinnen und Lehrern sofort eine Anstellungsperspektive eröffnen"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/670 vom 12.02.2014
2. Beschluss des Plenums 17/719 vom 13.02.2014
3. Plenarprotokoll Nr. 11 vom 13.02.2014



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Markus Rinderspacher, Martin Güll, Natascha Kohnen, Inge Aures, Volkmar Halbleib, Helga Schmitt-Bussinger, Dr. Simone Strohmayer, Hans-Ulrich Pfaffmann, Kathi Petersen, Margit Wild, Doris Rauscher** und **Fraktion (SPD)**

Ankündigungen in Taten umsetzen – mit neuen Planstellen jungen Lehrerinnen und Lehrern sofort eine Anstellungsperspektive eröffnen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, die 773 Planstellen für Lehrkräfte, die laut Stellenplan des Epl. 05 im Stammhaushalt 2013/2014 zum 1. August 2013 kw gestellt sind und im Vollzug 2014 eingezogen werden sollen bzw. bereits eingezogen worden sind, und die 829 Planstellen für Lehrkräfte, die zum 1. August 2014 kw gestellt sind, als Planstellen in den Entwurf des Nachtragshaushalts 2014 für die Schulen wieder aufzunehmen bzw. zu erhalten.

Die Staatsregierung wird weiterhin aufgefordert, Lehrkräften, die ihre Ausbildung gerade beendet haben bzw. auf den Wartelisten stehen, für diese 1.602 Planstellen umgehend ein Stellenangebot zu machen und damit eine Anstellungsperspektive zu eröffnen.

Begründung:

Die rechnerisch durch den Schülerrückgang im Epl. 05 freiwerdenden Stellen, werden vollständig und dauerhaft als Planstellen benötigt, um u.a. folgende dauerhafte Aufgaben im Bildungssystem zu bewältigen:

- den Ausbau der gebundenen Ganztagschulen zu fördern und zu ermöglichen, dass ganze Schulen sich zu Ganztagschulen umwandeln können,
- die individuelle Förderung von Schülerinnen und Schülern durch verstärkte Anwendung des Zwei-Lehrer-Prinzips zu ermöglichen,
- den Aufbau eines inklusiven Bildungssystems mit ausreichenden Ressourcen zu ermöglichen,
- das strukturelle Personaldefizit an den Berufsschulen zu beheben,
- die Einführung von multiprofessionellen Teams an den Schulen zu finanzieren,
- das bayerische Gymnasium endlich mit einem überzeugenden Gymnasialkonzept auszustatten,
- die Schulleitungen zu entlasten,
- die Unterrichtspflichtzeit der Lehrkräfte in der Ausbildung zu reduzieren.



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Markus Rinderspacher, Martin Güll, Natascha Kohnen, Inge Aures, Volkmar Halbleib, Helga Schmitt-Bussinger, Dr. Simone Strohmayer, Hans-Ulrich Pfaffmann, Kathi Petersen, Margit Wild, Doris Rauscher** und **Fraktion (SPD)**

Drs. 17/670

Ankündigungen in Taten umsetzen – mit neuen Planstellen jungen Lehrerinnen und Lehrern sofort eine Anstellungsperspektive eröffnen

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Inge Aures

II. Vizepräsidentin

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet

Abg. Martin Güll

Abg. Thomas Gehring

Abg. Prof. Dr. Gerhard Waschler

Abg. Volkmar Halbleib

Abg. Dr. Hans Jürgen Fahn

Abg. Günther Felbinger

Staatsminister Dr. Ludwig Spaenle

Abg. Prof. Dr. Michael Piazzolo

Abg. Michael Hofmann

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich nehme die Sitzung wieder auf und rufe **Tagesordnungspunkt 4** auf:

Beratung der zum Plenum eingereichten Dringlichkeitsanträge

Zur gemeinsamen Beratung rufe ich auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Martin Güll, Natascha Kohnen u. a. und Fraktion (SPD)

Ankündigungen in Taten umsetzen - mit neuen Planstellen jungen Lehrerinnen und Lehrern sofort eine Anstellungsperspektive eröffnen (Drs. 17/670)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Stellenerhalt zugunsten von Nachwuchslehrkräften! (Drs. 17/686)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Ich eröffne die gemeinsame Aussprache. Erster Redner ist Herr Kollege Güll von der SPD. Bitte schön, Herr Kollege, Sie haben das Wort.

Martin Güll (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe anwesenden Kolleginnen und Kollegen! Wir haben heute nur eine kleine Veranstaltung mit den Bildungspolitikern. Das ist aber nichts Seltenes. Wir machen trotzdem in der Tagesordnung weiter, wie der Herr Präsident angekündigt hat.

Ich möchte hier Folgendes feststellen: Seit gestern wissen wir, dass Herr Ministerpräsident Seehofer angekündigt hat, die Causa Lehrerstellen selbst zu lösen, sodass unser Kultusminister Spaenle ab sofort in diesem Hause offensichtlich nur noch die zweite Geige spielen wird.

(Zuruf von der SPD: Bratsche!)

Nicht so genau wissen wir aber weder vom Kultusministerium noch von der Staatsregierung, um wie viele Lehrerstellen es sich insgesamt tatsächlich handelt. Wir wissen nur aus einer Agenturmeldung, dass keine Lehrerstellen gestrichen werden und dass sie an den Schulen bleiben. Das wissen wir jetzt. Wir wissen auch, dass dies eine Geste gegenüber den für die Bildung Verantwortlichen ist.

Was sind jetzt die Fakten? Versuchen wir noch einmal, die Fakten aufzulisten. Fakt ist zunächst Folgendes: Wollte die Staatsregierung Lehrerstellen einsparen? Damit ist auch Fakt, dass der Herr Kultusminister mit seiner ursprünglichen Ankündigung, 830 Stellen zum August 2014 streichen zu wollen, die Wahrheit gesprochen hat.

(Volkmar Halbleib (SPD): Kein Kommunikationsproblem!)

- Kein Kommunikationsproblem. Er hat einfach gesagt, was Sache ist.

(Thomas Gehring (GRÜNE): Ein Glaubwürdigkeitsproblem!)

Fakt ist zweitens, dass die SPD-Fraktion die Lehrerverbände gemeinsam hier im Haus versammelt und ein ganz klares Signal dafür gesetzt hat, dass wir um jede Lehrerstelle so lange kämpfen werden, bis sie gesichert ist.

(Beifall bei der SPD)

Drittens ist Fakt, dass wir immer noch nicht wissen, um wie viele Stellen es sich handelt, weil es dazu noch keine Aussagen gibt. Natürlich sind wir in der SPD auch angesichts der Entscheidung, dass die Stellen bei den Schulen bleiben sollen, erleichtert, weil die Aufgaben, die unter anderem auch Ministerpräsident Seehofer beschrieben hat, offensichtlich eindeutig vorliegen: Ausbau der Ganztagsbetreuung, Anstrengungen zur Inklusion, individuelle Förderung. In unserem Antrag haben wir noch eine Reihe von Gründen nachgeliefert: Abbau der großen Klassen an Realschulen und den Gymnasien. An 1.600 Realschulen und Gymnasien haben wir noch Klassen mit mehr als 31 Schülern. Wir wollen die Unterrichtspflichtzeit der Referendare reduzieren. Wir wollen die Schulleiter entlasten, kleine Grundschulen sichern und einen Demografie-

zuschlag für den ländlichen Raum bekommen. Diese Liste kann ich fortsetzen. Hier gibt es wirklich Aufgaben.

Kolleginnen und Kollegen, an der Stelle will ich auch sagen, dass der Staat diese Aufgaben vorgibt. Es sind keine Aufgaben, die die Schulen vorgeben. Das übergibt der Staat, also die Staatsregierung, den Schulen als Auftrag. Daher ist es nur recht und billig, dass der Staat sagt, mit welcher Anzahl von Stellen diese Aufgaben an den Schulen erfüllt werden sollen, und deshalb ist es dringend notwendig, eine verlässliche Aussage zu diesen Stellen zu machen.

(Beifall bei der SPD)

Bei all der Freude hier müssen wir fordern – deshalb gibt es diesen Dringlichkeitsantrag -, dass Klartext gesprochen wird, um welche Stellen es sich wirklich handelt. Da aber brauchen wir nur den Haushalt zu lesen, wie es unser Herr Kultusminister auch getan hat. Da kommt man einfach auf 829, 830 Stellen im Jahr 2014. Wenn man genauer hinschaut – das wird der Herr Kultusminister heute sicher bestätigen -, geht es nicht nur um 829, sondern auch noch um die 773 Stellen, von denen im Haushalt eigentlich schon für 2013 angekündigt worden war, dass sie gestrichen sind, deren Streichung aber offensichtlich – so auch der Haushaltsvermerk – bis 2014 vollzogen werden kann, die also noch da sind. Also werden wir bis zum 1. August 2014 tatsächlich über 1.602 zusätzliche Stellen sprechen müssen, die noch bei den Schulen bleiben. Das sind Fakten aus dem Haushalt und ist nicht irgendwie so dahingesagt. Das sind Fakten aus dem Haushalt.

Deshalb ist auch der zweite Teil unseres Dringlichkeitsantrags zwingend notwendig, wonach das Kultusministerium jetzt sagen soll, wer die Stellen umsetzt. Es geht um ein Angebot an die vielen Referendare, die morgen entlassen werden – es werden 630 an der Zahl sein -, und an die 2.000, die jetzt schon auf den Wartelisten stehen. Diesen Lehrerinnen und Lehrern, die vom bayerischen Staat bestens ausgebildet sind,

ist ein Angebot zu machen, wie sie in die Stellenbesetzung einbezogen werden können.

Klar ist auch unsere Forderung, dass die Stellen als nachhaltige Planstellen und nicht in Form kurzfristiger Aushilfsverträge für ein, zwei Jahre besetzt werden müssen. Die Aufgaben, die beschrieben worden sind, gehen in die Zukunft. Daher brauchen wir Lehrerstellen in die Zukunft hinein, und das können wir nur über Planstellen lösen.

(Beifall bei der SPD)

Ich erwarte, dass Sie, Herr Kultusminister Spaenle, uns heute klipp und klar sagen, um welche Stellen es sich handelt, welchen Plan Sie mit den Stellen haben und bis wann das Hohe Haus eine Antwort auf die Frage bekommt, wie Sie die Stellen auf die Aufgaben und auf die Schularten verteilen. Vorher werden wir dieses Thema nicht ad acta legen können.

(Beifall bei der SPD)

Ich kündige an, dass die SPD-Fraktion dem nachgezogenen Dringlichkeitsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zustimmen wird, auch wenn er nur einen Teil unseres Antrags enthält; aber die Richtung stimmt. Also werden wir ihm zustimmen. Ich bitte Sie, auch unserem Dringlichkeitsantrag zuzustimmen.

(Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege. Bevor ich dem nächsten Redner das Wort erteile, möchte ich Sie davon in Kenntnis setzen, dass zu beiden Dringlichkeitsanträgen eine namentliche Abstimmung beantragt worden ist. – Nun haben Sie, Herr Kollege Gehring von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, das Wort. Bitte schön.

Thomas Gehring (GRÜNE): (Vom Redner nicht autorisiert) Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Was hat eigentlich die CSU-Fraktion oder Herr Seehofer vor-

gestern entschieden? Denn man hatte uns schon vor zwei Wochen gesagt, dass die Stellen da sind und die kw-Vermerke wegfallen.

(Volkmar Halbleib (SPD): Ein reines Kommunikationsproblem war das!)

Das wurde als Kommunikationsproblem bezeichnet. Nein, die CSU und die Staatsregierung haben in den letzten zwei Wochen ein gehöriges Glaubwürdigkeitsproblem und nicht nur ein Kommunikationsproblem offenbart. Nun ist diese Woche beschlossen worden: Die Stellen sind da und bleiben. Das heißt, sie waren weg.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie waren schon bei den vorletzten Haushaltsverhandlungen weg. Wir, die wir Haushaltsverhandlungen geführt und uns mit dem Haushalt beschäftigt haben, haben schon 2012 gesehen, dass die Stellen weg sind, und wir haben es im Haushalt 2013/2014 gesehen. Bis vor Kurzem haben wir immer gehört, dass die Stellen noch kw-Vermerke haben, aber dableiben.

Wenn jetzt schon die kw-Vermerke infrage gestellt worden sind und der Kultusminister versprochen hat, dass die Stellen bleiben, offenbart der Beschluss der CSU-Fraktion vom Montag, dass vielleicht die Stellen da waren, aber das Geld weg war. Das Geld hatte der Finanzminister schon in seine Rechnungen einbezogen.

Es war, können wir sagen, ein Erfolg der drei Oppositionsparteien, der Lehrerverbände und der Öffentlichkeit, die gehörig Druck gemacht haben, um durchzusetzen, dass die Stellen und voraussichtlich auch das Geld erhalten bleiben. Vielleicht hatten wir das Glück, dass es bald Wahlen gibt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es geht um Stellen und um viel Geld. Ich verstehe die Haushaltspolitiker der CSU durchaus, die von finanziellen Belastungen sprechen; momentan ist die Rede von 50 Millionen Euro. 50 Millionen Euro sind 800 Lehrerstellen in einem Jahr oder 200 Stellen in vier Jahren, die eigentlich an die Hochschulen gegangen wären. Wenn wir jetzt von 50 Millionen Euro sprechen, bedeutet das die Finanz-

zusage für ein Jahr. Aber wir haben keine Gewähr, dass die Stellen für die nächsten Jahre finanziert sind. Deswegen unser Antrag, die Finanzierung dieser Stellen im Nachtragshaushalt nachzuweisen und vorzumerken; denn Haushaltspolitik ist langfristige Politik, und eine Haushaltspolitik ist nur dann glaubwürdig, wenn das Geld langfristig stimmt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zu Ärger hat in den letzten Tagen gleichzeitig mit dem Thema Stellenstreichungen die Nachricht geführt, dass junge Referendare nicht eingestellt werden. Etwa 80 % der jungen Leute, die jetzt fertig geworden sind, zum Teil mit Supernoten wie 1,0, haben keine Stelle bekommen. Diese Diskrepanz versteht kein Mensch.

Deswegen fordern wir in unserem Antrag zum einen, auf diese Stellen Referendare einzustellen. Es gibt einen genügend großen Bedarf. Wenn gesagt wird, ein Referendar passt nicht fachlich genau auf eine bestimmte Stelle, muss man erwidern: Wir haben für Lehrerinnen und Lehrer, die Deutsch studiert haben, genügend Arbeit in der Sprachförderung von Migranten und auch in der Sprachförderung am Gymnasium und an Realschulen. Es besteht also nicht das Problem, dass diese jungen Leute nichts tun können. Sie müssen nur eingestellt werden.

Wir fordern in unserem Antrag – darüber haben wir uns im Ausschuss schon unterhalten –, dass die Unterrichtsverpflichtungshöchstzeit für Referendare reduziert wird. Sie müssten 11 Stunden unterrichten, faktisch unterrichten viele Referendare 17 Stunden. Sie rationalisieren sich damit ihre Arbeitsstellen weg und machen die Arbeit, die die Stelleninhaber machen sollten. Deswegen fordern wir in unserem Antrag, diese Unterrichtszeiten zugunsten der Stelleninhaberinnen und Stelleninhaber, die dann mit dem Referendariat fertig sind, zu reduzieren.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben in den letzten Jahren und Wochen vieles an Trickereien, an Widersprüchen und an Zahlenspielerien erlebt. Deshalb können wir heute nicht zufrieden sein. Wir werden sehr genau schauen, was im Nachtrags-

haushalt passiert, ob dort kw-Stellen verschoben werden, verschwinden und an anderer Stelle auftauchen. Wir brauchen für die nächsten Jahre endlich Haushaltsdisziplin und Haushaltswahrheit.

Der Ministerpräsident hat große Ziele verkündet: Ganztagsgarantie, Grundschulgarantie. Wir alle wissen, dass das Stellen kostet. Deshalb erneuern wir unsere Forderung. Die Bedarfe müssen auf den Tisch. Wir müssen wissen, wie viele Lehrerstellen zur Verfügung stehen. Dann können wir über Politik reden, und dann können wir über die Schwerpunkte reden; denn sonst folgen wir nur den Zahlenspielereien und Tricksereien des Kultusministers, und dazu sind wir nicht mehr bereit. Ich danke Ihnen.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege. – Als Nächster hat Herr Professor Dr. Waschler von der Christlich-Sozialen Union das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Prof. Dr. Gerhard Waschler (CSU): Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich stelle fest: Bildung ist ein Megathema in Bayern, und das ist gut so.

(Volkmar Halbleib (SPD): Die Feststellung überrascht uns!)

Ich stelle weiterhin fest: Die individuelle Förderung unserer Kinder mit ihren jeweiligen Begabungen und Fähigkeiten ist unser oberstes politisches Ziel.

(Volkmar Halbleib (SPD): Aha! Seit wann?)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, der Nachtragshaushalt, über den Sie jetzt im Vorgriff debattieren,

(Volkmar Halbleib (SPD): Wir stellen nur die jetzige Haushaltslage fest!)

ist schon immer ein geeignetes Instrument gewesen, um Akzente zu setzen.

(Lachen des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD))

Werte Kolleginnen und Kollegen, ich habe meinen Vorrednern aufmerksam gelauscht. Ich habe die sogenannten Dringlichkeitsanträge aufmerksam gelesen und mir beim Kollegen Güll ein schönes Wort – das einzige auf meinem Blatt – vermerken können, weil es neu war. Über dieses Wort habe ich mich sehr gefreut, und es lautet: Freude; Freude über die Richtung, die hier passt.

(Zuruf des Abgeordneten Markus Rinderspacher (SPD))

Jetzt, verehrte Kolleginnen und Kollegen von der Oppositionsbank – – Herr Kollege Rinderspacher, lassen Sie mich doch heute einmal vollständig ausreden. Es freut mich natürlich sehr – das gilt auch für die Opposition –, wenn Erfolg immer wieder einmal viele Väter hat. Aber hier ist es einzig und allein eine Weichenstellung, die die CSU-Fraktion getroffen hat.

(Lachen der Abgeordneten Markus Rinderspacher (SPD) und Volkmar Halbleib (SPD))

Diese Weichenstellung ist eindeutig darauf bezogen,

(Volkmar Halbleib (SPD): Das glauben Sie wohl selbst nicht!)

dass im Schuljahr 2014/2015 bei aller wüsten Polemik, die Sie hier verbreiten, keine einzige Stelle eingezogen wird.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU – Volkmar Halbleib (SPD): Wer hat den Haushalt beschlossen beim letzten Mal? Das war die CSU-Fraktion!)

Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen, die Stellen, die aufgrund des weiteren Schülerrückgangs wegfallen würden – ich nenne hierzu den Fachbegriff "demografische Rendite" –, verbleiben auch für den Rest der laufenden Legislaturperiode im System, sie verbleiben bei den Schulen. Das ist ein Weg in die richtige Richtung.

(Zuruf des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD))

Damit ist eindeutige Klarheit bis zum Jahr 2018 geschaffen.

(Volkmar Halbleib (SPD): Wer hat die Streichungen beschlossen?)

Wenn Sie fragen, wer das beschließt, Herr Kollege von der SPD-Fraktion, dann sage ich Ihnen: Den Nachtragshaushalt wird das Hohe Haus endgültig beschließen.

(Volkmar Halbleib (SPD): Das war doch die CSU! Sie haben doch den jetzigen Haushalt beschlossen!)

Ich bin gespannt, ob die SPD-Fraktion mitstimmen wird. Wir werden das sehr genau beobachten.

(Zuruf des Abgeordneten Markus Rinderspacher (SPD))

Fest steht, dass die CSU-Fraktion weitere wichtige bildungspolitische Ziele an den Schulen erreichen wird. Es besteht über Fraktionsgrenzen hinweg Einigkeit, egal, ob Ganztagsausbau oder Erhalt der rechtlich selbstständigen Grundschulstandorte. Ein weiteres großes Thema sind Inklusion und der Ausbau individueller Lernzeiten. Das alles sind wichtige Punkte, um nur einige zu nennen.

Wir befürworten ausdrücklich etwas für die parlamentarische Diskussion außerordentlich Gutes und Richtiges: Wir werden einen jährlichen Bericht des Kultusministers im Bildungs- und im Haushaltsausschuss über die Verwendung der Stellen, die durch den Schülerrückgang freigeworden sind, erbitten. Wir werden uns Bericht erstatten lassen, ob die von mir genannten Ziele erreicht worden sind, und darüber dann auch debattieren können.

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Herr Professor Dr. Waschler, lassen Sie eine Zwischenfrage zu?

Prof. Dr. Gerhard Waschler (CSU): Am Ende, weil sich vielleicht das eine oder andere erledigt. Deshalb möchte ich das insgesamt hier entfalten.

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Wenn Sie, Herr Halbleib, Ihre Meldung aufrechterhalten, dann ist das eine Zwischenbemerkung am Ende der Rede des Kollegen Professor Waschler. Herr Professor Waschler, Sie haben das Wort.

Prof. Dr. Gerhard Waschler (CSU): Der zweite Punkt, der bereits angeschnitten worden ist und auf den auch Kollege Güll hingewiesen hat, betrifft die Referendare. Dem Dringlichkeitsantrag hierzu wird seine Fraktion mit den GRÜNEN zustimmen. Ich stelle hierzu klar und deutlich fest – wir hatten darüber auch im Ausschuss entsprechend diskutiert: Wir nehmen jeden einzelnen Fall und wir nehmen jede einzelne Petition sehr ernst. Wir müssen allerdings bei allen Entscheidungen, die wir auf den Weg bringen, immer die Zukunft und die weiteren Jahrgänge im Blick haben.

Deshalb haben wir alle Anträge abgelehnt, die eine Einstellung über den Bedarf hinaus gefordert haben; es wäre nur ein Einmaleffekt. Wir müssen ganz klar erkennen, dass zum aktuellen Einstellungstermin im Februar nur die aktuellen Bedarfe – Pensionierungen, die aktuell sind – gedeckt werden und verschiedene andere kleine Effekte vorhanden sind. Das ist aber nicht vergleichbar mit der Gesamtsituation im Herbst.

Zum Weiteren ist die Situation in den einzelnen Fächerkombinationen am Gymnasium sehr unterschiedlich. Darauf möchte ich im Detail nicht eingehen, da wir es im Ausschuss ausführlich behandelt haben.

Tatsache ist und bleibt: Entscheidend ist der Bedarf. Entscheidend muss es sein, dass wir all denen, die sich im Studium in der ersten Phase der Lehrerbildung befinden, weiterhin verdeutlichen, dass wir in manchen Fächerkombinationen – konkret Deutsch/Englisch – auch dringend den Blick auf die außerschulischen Felder eröffnen müssen, das heißt also in Richtung einer Doppelqualifikation. Hierzu nenne ich als Stichwort: Polyvalenz. Das müssen wir uns noch intensiver anschauen und auch prüfen, inwieweit sich über den Erwerb des Masters an den Universitäten hier das eine oder andere für die, die sich im Studium befinden, noch eröffnet.

(Beifall der Abgeordneten Ingrid Heckner (CSU))

Zusammenfassend möchte ich sagen: Wir brauchen eine genaue und differenzierte Betrachtung, gern eine umfassende Diskussion im Ausschuss und einen genauen Blick auf die Auswirkungen in der Zukunft; denn unsere Aufgabe ist es nicht nur heute, sondern in den nächsten Monaten und Jahren, die hohe Qualität von Bildung in Bayern auch in der Zukunft zu sichern. Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Professor Waschler. – Jetzt hat Kollege Halbleib das Wort.

Volkmar Halbleib (SPD): Herr Kollege Professor Waschler, ich verstehe ja, wenn's politisch nass hineingeht, dass man sich umso mehr mit einem herausgedrückten Kreuz hier hinstellt und umso lauter deklamiert, was die CSU-Fraktion angeblich schon immer wollte und machte.

(Beifall bei der SPD)

Ich stelle fest: Die CSU-Fraktion in diesem Bayerischen Landtag hat mit Beschluss des Staatshaushaltes dafür gesorgt, dass 1.600 Lehrerstellen wegfallen. Das ist der Beschluss dieser CSU-Fraktion. Das war der erste Punkt.

Zum zweiten Punkt. Bisher wurde das Problem der Lehrerstellen – so wurde es dargestellt von Ihrem Ministerpräsidenten, den diese Fraktion auch gewählt hat – als Kommunikationsproblem bezeichnet und nicht als Stellenproblem. Es sei kein Beschlussproblem, sondern ein Kommunikationsproblem. Das ist doch der Punkt, der heute zum Vorschein kommt. Wir haben diesbezüglich Druck gemacht, die Lehrerverbände haben Druck gemacht, und auch die Elternverbände haben Druck gemacht. Das ist doch der Grund. Wir haben Sie bei einem Wahlbetrug ertappt.

(Beifall bei der SPD und den FREIEN WÄHLERN)

Wir haben Sie bei einer Glaubwürdigkeitslüge ertappt. Das ist doch die Wahrheit, die hinter diesem Verhalten steckt. Ich bin dankbar, dass die Korrektur der Fehler jetzt kommt, aber man muss den Zusammenhang sehen. Sie haben bisher das Gegenteil beschlossen und bis vor wenigen Tagen auch noch daran festgehalten, dass alles nur ein Kommunikationsproblem sei. Das ist die CSU, wie sie leibt und lebt.

(Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege Halbleib. Herr Professor Waschler, Sie haben das Wort.

Prof. Dr. Gerhard Waschler (CSU): Sehr geehrter Herr Kollege, ich habe vorher einen Begriff gebraucht, der auch jetzt wieder passt. Es ist nämlich eine wüste Polemik, die Sie gerade von sich gegeben haben. Genau das Gegenteil ist der Fall. Das ist das Problem der Opposition: Sie sind in der Vergangenheit, wir sind in der Zukunft.

(Volkmar Halbleib (SPD): Das glauben Sie ja selber nicht!)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Moment, Herr Kollege Professor Waschler. Herr Kollege Dr. Fahn hat sich noch zu einer Zwischenbemerkung gemeldet. Bitte schön, Herr Kollege Fahn.

Dr. Hans Jürgen Fahn (FREIE WÄHLER): Erstens: Ich möchte zum einen bestätigen, was Herr Halbleib gesagt hat, nämlich dass das jetzt von der CSU und vom Ministerpräsidenten zurückgenommen wurde, ist ein Erfolg der Opposition und der ganzen Lehrerverbände, die solch einen Druck gemacht haben. Ohne sie wäre das nicht möglich gewesen. Das möchte ich hier ganz klar betonen.

Zweitens: Sie haben als Ihre Politik immer ausgegeben, die CSU sei in Bayern für die Erhaltung der Grundschulen. Ich möchte nachfragen: Es gibt 364 unselbstständige Grundschulen. Gilt dieses Versprechen auch für die 364 unselbstständigen Grundschulen in Bayern oder nur für die selbstständigen? Das haben Sie bisher noch nie gesagt.

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Dr. Fahn. Herr Professor Waschler, Sie haben das Wort.

Prof. Dr. Gerhard Waschler (CSU): Herr Kollege Fahn, Sie müssen nur hinhören, können es natürlich aber auch im Protokoll nachlesen. Es steht eindeutig geschrieben, und so habe ich es auch gesagt: Für die rechtlich selbstständigen Grundschulen gilt die Garantie für die Legislaturperiode. Wie Sie darauf kommen, dass das nie gesagt worden wäre, bleibt Ihr Geheimnis.

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Professor Waschler. Als Nächster hat Herr Günther Felbinger von den FREIEN WÄHLERN das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Günther Felbinger (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren! Herr Kollege Waschler, ich bin Ihnen ungemein dankbar. Ich habe jetzt gerade die erste deutliche Aussage und das klare Bekenntnis der letzten Wochen und Monate zum Thema Lehrerstellen von Ihnen gehört;

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

denn Sie haben gesagt, die Schulstellen würden im Schulsystem bleiben. In zahlreichen Debatten im Ausschuss und im Plenum waren nämlich weder Sie noch der Kultusminister in der Lage, hierzu in den letzten Wochen eine Aussage zu machen. Es war ein Herumgeeiere ohne Ende.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der SPD)

Sie nehmen das Wort "Freude" in den Mund und sagen, das habe die CSU bewerkstelligt. Ich muss jedoch ganz klar festhalten: Ohne diesen Teil des Parlaments, ohne die Opposition und den Druck, den wir durch zahlreiche Anträge im Bildungsausschuss und im Plenarsaal ausgeübt haben, würde keine einzige Lehrerstelle bleiben, wo sie jetzt bleibt.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der SPD – Zuruf von der CSU: Das ist doch nicht wahr!)

Wenn ich die letzten Wochen rekapituliere, fühle ich mich, ehrlich gesagt, ein bisschen an die Börse erinnert; denn auch dort geht es um fiktives Geld. Das brauchen wir auch. Aber in unserer Diskussion geht es um die Streichung oder Beibehaltung von Lehrerstellen und um die Zukunft der Referendarinnen und Referendare, die nach fünf Jahren Studium vor dem Nichts stehen. Es geht natürlich auch um die Zukunft der Schülerinnen und Schüler an den bayerischen Schulen. Zunächst hat man mir 371 gekürzte Stellen bestätigt, dann kamen weitere 832 zu streichende Stellen und 196 an die Hochschule zu verschiebende Stellen hinzu. Angesichts dieses Hin und Her kann man bei der Lehrerstellenbörse in Bayern durchaus wie an der Börse von einer hohen Volatilität sprechen, also von einer großen Schwankungsbreite. Wir hatten also jeden Tag neue sogenannte Leerverkäufe und Luftbuchungen. Wir standen kurz vor dem Börsencrash.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Lehrerstellen wurden zu immer anderen Kursen gehandelt. Aber insgesamt kann man, um beim Börsenjargon zu bleiben, von einem "Bärenmarkt" sprechen, nämlich von einem ständig sinkenden Kurs auf dieser Lehrerstellenmarktbörse.

Fakt ist, dass noch immer der Doppelhaushalt 2013/2014 gilt und dem Hohen Haus noch kein Nachtragshaushalt vorliegt. Wir FREIEN WÄHLER spekulieren ungern. Wir spielen nicht mit dem Geld anderer; ich will das Stichwort Landesbank nennen. Wir spielen nicht mit der Zukunft anderer; Stichwort Lehrerstellendebatte. Denn um wieder auf das Bild der Börse zurückzukommen: Das Schlimmste, was an der Börse und den Finanzmärkten passieren kann, ist der Verlust an Vertrauen. Für diesen Verlust an Vertrauen bei den Eltern, Lehrern, Schülern und Bürgern in Bayern sind allein die CSU und deren Minister Spaenle verantwortlich.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der SPD)

Die Eltern, Lehrer und Schüler – wir ohnehin – sind misstrauisch und haben in die bayerische Bildungspolitik kein Vertrauen. Wir FREIEN WÄHLER sind weiterhin sehr, sehr skeptisch. Erst dann, wenn wir im Nachtragshaushalt alle Lehrerstellen tatsächlich schwarz auf weiß gesichert sehen, glauben wir auch Ihre Versprechungen. So haben die beiden Dringlichkeitsanträge von SPD und den GRÜNEN unsere volle Unterstützung; denn beide Anträge haben in etwa die gleiche Schlagrichtung, wie auch verschiedene Anträge von uns in den vergangenen Wochen. Aber meine Bitte ist: Schaffen Sie Vertrauen und Verlässlichkeit für die bayerische Bildungspolitik; denn nur so können wir hier in eine gute Zukunft gehen. Sie sagen, dass die CSU schon dort wäre. Ich habe eher den Eindruck, die CSU träumt noch davon. Stimmen Sie deswegen unseren Anträgen zu.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege. Als Nächster hat nun Herr Staatsminister Dr. Ludwig Spaenle das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Staatsminister Dr. Ludwig Spaenle (Kultusministerium): Herr Präsident, Hohes Haus! Die Sache ist ganz klar.

(Lachen bei der SPD – Zuruf von der CSU)

Die CSU-Fraktion hat mit ihrem Grundsatzbeschluss genau das, was ich und viele andere in den letzten Wochen deutlich gemacht haben, gesagt: dass der Haushalt des Jahres 2014 dann abgerechnet werde, wenn der Nachtragshaushalt durch den Beschluss der Mehrheitsfraktion und die damit zusammenhängenden Grundsatzaussagen auf dem Tisch des Hohen Hauses liege. Keine andere belastbare Äußerung haben Sie in den vergangenen Wochen zur Frage, wie in Bayern die Entwicklung der Lehrerstellensituation ist und sein werde, gemacht.

Die Grundsatzaussage der Fraktion, die ich ausdrücklich begrüße, nämlich dass wir die gesamte Kapazität der durch den Schülerrückgang rechnerisch frei werdenden

Lehrerstellen im Bildungssystem belassen, ist für das Schulsystem präzisiert worden. Sie ist mit dieser Präzisierung für die gesamte Dauer der Legislatur noch einmal bekräftigt worden.

(Beifall bei der CSU)

Damit ist also bis zum Ende der Legislatur – das ist eine Festlegung der Regierungsfraktion über zwei Doppelhaushalte hinweg inklusive des noch zur Verabschiedung anstehenden Nachtragshaushalts – für stabile Rahmenbedingungen in der Lehrerversorgung in Bayern gesorgt.

Die Anträge der Kollegen der Opposition sind natürlich im Rahmen der von ihr geführten Debatte zwar nachvollziehbar, aber überflüssig.

(Zuruf von der SPD: Aber von Ihnen losgetreten!)

Die Fraktion hat eindeutig festgelegt, dass zu Beginn des kommenden Schuljahres keine Lehrerstelle wegfällt. Mit dieser Präzisierung hat sie den Verbleib der demografischen Rendite in vollem Umfang unterstrichen.

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Herr Staatsminister, lassen Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Professor Piazzolo zu?

Staatsminister Dr. Ludwig Spaenle (Kultusministerium): Ja.

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Bitte schön, Herr Kollege.

Prof. Dr. Michael Piazzolo (FREIE WÄHLER): Herr Staatsminister, Sie haben gerade von Klarheit gesprochen. Ich nehme diese Gelegenheit wahr und frage Sie: Es geht heute auch um Lehrerstellen, die im Schulsystem bleiben. Mir geht es aber jetzt um die Stellen an Hochschulen. Dort sollten angeblich 200 zusätzliche Stellen geschaffen werden. Ich frage Sie – ich bitte um Klarheit -: Wie viele Stellen waren es? Werden diese 200 Stellen wirklich an den Hochschulen eingerichtet, auch wenn die Lehrerstellen im Schulsystem bleiben? Wenn diese Stellen an die Hochschulen kommen, hätte

ich gerne gewusst: Wie viele Stellen kommen dorthin? Wenn ja, wo und an welche Hochschulen kommen diese Stellen?

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Professor Piazzolo. Herr Staatsminister, Sie haben das Wort.

Staatsminister Dr. Ludwig Spaenle (Kultusministerium): Zunächst legt die Beschlussfassung der CSU-Fraktion fest, dass wir den Bestand an Lehrerstellen, der bei etwa 86.600 liegt, zu Beginn des kommenden Schuljahres unverändert fortführen.

Die zweite Frage betrifft die Stellenentwicklung, die im Bereich der Personalhaushalte der bayerischen Hochschulen stattfinden wird. Sie wird sich konkret an der Entwicklung der Studierendenzahl orientieren. Sie wissen, dass wir im Moment die zweite Phase des Hochschulpaktes abwickeln, die im Kern aussagt, dass der Bund und die Länder im Prinzip zu jeweils 50 % die Aufwüchse der Studierendenzahlen in den Ländern unterstützen. Das heißt, Stellenkontingente, die im Haushalt bereits grundgelegt sind, werden mit dem Nachtragshaushalt freigeschaltet. Der abzurufende Bedarf von Hochschulen, der zum jetzigen Zeitpunkt, was das Wintersemester angeht, logischerweise noch nicht erkennbar ist, wird bis zu mehreren hundert Stellen betragen. Das ist das, was ich immer deutlich gemacht habe: Die Planstellen sind dann genau nach dem Bedarf, den die einzelne Hochschule aufgrund der Einschreibezahlen anmeldet, abrufbar und stehen entsprechend dem Stellenaufwuchs im Einzelplan 15 im Stellenplan des Jahres 2015 weiter in vollem Umfang zur Verfügung. Diese Mechanik gilt bis 2017.

Wie Sie wissen, hat die Große Koalition vereinbart, dass man im Prinzip die Pakte fortführen will, weswegen ich davon ausgehe, dass die dritte Phase des Hochschulpaktes mit einer ähnlichen Grundaussage stattfinden wird, nämlich dass wir gemäß der Entwicklung der Studierendenzahlen für die einzelnen Länder entsprechende zusätzliche Planstellenkapazitäten zur Verfügung haben werden. Das heißt, im Einzelplan 15 ste-

hen sowohl jetzt, also im beschlossenen Stammhaushalt, als auch dann durch den Beschluss des Nachtragshaushaltes

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

je nach Entwicklung der Studierendenzahl weiter entsprechend zusätzliche Planstellenkapazitäten zur Verfügung.

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Herr Staatsminister, entschuldigen Sie, dass ich Sie noch einmal unterbreche. Ich habe zwei weitere Wortmeldungen. Herr Kollege Güll, handelt es sich um eine Zwischenfrage oder um eine Zwischenbemerkung? – Zu einer Zwischenfrage sind Sie der Erste, dann kommt Kollege Gehring. Bitte schön, Herr Kollege Güll.

Martin Güll (SPD): Herr Staatsminister, heute ist die Stunde der Wahrheit. Erstens. Wir haben von Ihnen gehört, dass wir Klartext bekommen. Ich frage Sie deshalb noch einmal. Sie sprechen jetzt von der gesamten demografischen Rendite von 2.762 Stellen, also auch von den 773 Stellen, die eigentlich schon letztes Jahr weggefallen sind. Die beziehen Sie hier ganz bewusst mit ein. Können Sie das mit einem klaren Ja beantworten?

Zweitens. Habe ich richtig gehört, dass Sie garantieren, dass diese 2.762 Stellen, also die demografische Rendite der Jahre 2013 und 2014, über die Legislatur bis 2018 bleiben? Garantieren Sie das? Darüber, was mit künftigen Renditen ist, wollen Sie sich heute nicht äußern. Ist dies auch richtig?

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke. Herr Staatsminister, Sie haben das Wort.

Staatsminister Dr. Ludwig Spaenle (Kultusministerium): Erstens. Im Staatshaushalt des Jahres 2013 beläuft sich der Gesamtsaldo aus zusätzlich eingebrachten Stellen und wegfallenden Stellen auf ein Plus von gut 270 Stellen. Dies ist im Einzelplan 05 für das Haushaltsjahr 2013 zu verzeichnen.

Zweitens. Die demografische Rendite steht für den gesamten Doppelhaushalt nach der Präzisierung des Beschlusses der CSU-Landtagsfraktion ungeschmälert für den Einsatz an den Schulen zur Verfügung. Darüber hinaus hat die Landtagsfraktion mit ihrem präzisierten Grundsatzbeschluss festgelegt – das wird natürlich in den vor uns liegenden zwei Doppelhaushalten umzusetzen sein –, dass die Kontingente der in den Doppelhaushalten 2015/2016 und 2017/2018 zu identifizierenden Stellen der sogenannten demografischen Rendite, die immer gemäß der aktuellen Schülerprognose zusammen mit dem Finanzministerium und dem Kultusministerium auf eine konkrete Kopfzahl festgelegt wird, in vollem Umfang im Schulsystem verbleiben werden.

Drittens, zur Frage der Situation der Referendare und wie man darauf reagieren möchte: Wir haben eine Situation, wie sie Kollege Waschler beschrieben hat. Wir haben je nach Fachverbindung und Schularten ganz unterschiedliche Absolventenzahlen sowie eine auf der Schülerprognose beruhende Bedarfssituation. Wir haben ein Phänomen, das ich schon vor 14 Tagen angesprochen habe. Einerseits haben wir als eines von drei Ländern noch den freien Zugang zum Referendariat für Absolventen aus allen anderen Ländern der Bundesrepublik Deutschland. Das bedeutet, dass auf dem Höhepunkt fast 10 % der Referendarinnen und Referendare an den bayerischen Gymnasien aus anderen Ländern zu uns kamen. Wenn man so will, war das eine negative Mobilität, da in 13 von 16 Ländern ein freier Zugang zum Referendariat nicht gegeben ist.

Auf der anderen Seite haben wir den freien Zugang zum Studium. Es gibt einen einzigen Fall, in dem der freie Zugang zum Studium und zu Lehramtsstudiengängen beschränkt werden darf. Dabei geht es nicht um die Frage der möglichen Verwendungsorientierung, also um die Frage, was der Staat vorbehaltlich der Zustimmung des Haushaltsgesetzgebers einstellen kann und wird. Das ist verfassungsrechtlich nicht möglich. Die einzige mögliche Beschränkung des Zugangs zum Lehramtsstudium liegt wie bei vielen anderen Studiengängen allein in der Studienplatzkapazität. Das gibt es in verschiedenen Fällen im Bereich der Grundschullehrämter. Bei allen anderen Lehr-

ämtern ist der Zugang zum Studium aber frei. Deswegen überlegen wir – ich habe das schon angekündigt –, ob man den freien Zugang zum Referendariat eventuell wie in 13 anderen Ländern beschränken sollte, das heißt, dass man aufgrund bestimmter Regelungen, die man in Analogie zu den anderen Ländern treffen müsste, den Zugang zur zweiten Phase, nach welchen Kriterien auch immer, nach der möglichen Bedarfsorientierung plus – in Anführungszeichen – einen Zuschlag oder Ähnliches beschränkt. Das ist ein Schritt, den wir im Moment prüfen.

Außerdem geht es um den Unterrichtsbeitrag der Referendarinnen und Referendare. Bis vor wenigen Jahren mussten die Referendare im Rahmen ihrer Referendarstätigkeit, mit einem Salär abgegolten, 11 Pflichtunterrichtsstunden erbringen. Das ist natürlich Teil der Ausbildung.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Diese Pflichtstundenzahl wurde um eine Stunde reduziert. Im Moment werden bis zu 17 Stunden, das heißt sieben Stunden zusätzlich, entgolten. Auch hier wurde in Auftrag gegeben, zu berechnen, was eine Reduzierung um eine, zwei oder drei Stunden an Kapazitäten ausmacht.

Die Frage, wie wir vorgehen, umfasst zwei Aspekte. Aufgrund der sehr, sehr hohen Zahl an Referendaren ist auch die Zahl derer, die den Dienst aus ganz unterschiedlichen Gründen nicht antreten, relativ hoch. Insbesondere treten solche Referendarinnen und Referendare den Dienst nicht an, die aus anderen Ländern stammen, wenn sie aufgrund von Nachrückverfahren oder Ähnlichem in ihrem Heimatbundesland die Möglichkeit zur Teilnahme an der Referendarsausbildung erhalten. Das Problem hinsichtlich der Unterrichtssituation liegt dann darin, dass die Gesamtkapazität, die durch die Referendare erbracht wird, logischerweise einen Teil des Unterrichtsvolumens darstellt. Je mehr Referendare nicht antreten, umso schwieriger ist es, diesen Unterricht, der dann ersetzt werden muss, auszugleichen. Damit verknüpfen wir auch Überlegungen, wie wir die Situation verbessern können.

Insbesondere geht es um das Thema, wie man für eine möglichst große Zahl an Lehramtsstudiengängen den Zugang zu einem Master-Abschluss strukturiert, nicht nur für den Einzelnen, ermöglichen kann. Dies geht bis hin zur Frage, ob das auch für Grundschullehramtsabsolventen und -absolventinnen unter Einbeziehung eines Teils der Referendarszeit möglich ist, wenn dies akademisch begleitet wird. Ein entsprechender Arbeitsauftrag dazu wurde vergeben.

Eine schulartenspezifische Eignungsfeststellung ist an verschiedenen Universitäten möglich. Insofern widmen wir uns auch dem Thema, wie die arbeitsmarkttaugliche Nutzung eines Lehramtsstudiums außerhalb der Anstellungsmöglichkeiten verbessert werden kann.

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Herr Staatsminister, bleiben Sie bitte noch am Rednerpult. Wir haben zwei Wortmeldungen. Die erste stammt vom Kollegen Gehring, der sich schon länger gemeldet hatte. Bitte schön, Herr Gehring, Sie haben das Wort.

Thomas Gehring (GRÜNE): (Vom Redner nicht autorisiert) Herr Minister, eigentlich handelt es sich um eine Zwischenfrage. Mit Ihrer Schwabinger Sprachgeschwindigkeit, die ich als Allgäuer uneingeschränkt bewundere, sind Sie ganz schnell zu anderen Themen übergegangen. Ich möchte aber auf den Punkt zurückkommen, bei dem Kollege Piazzolo war, nämlich auf die Stellen, die für den Hochschulbereich vorgesehen waren. Es geht um 200 Stellen. Sie waren schon verbucht und wurden vom Einzelplan 05 auf den Einzelplan 15 umgebucht oder befanden sich zumindest in der Finanzplanung des Finanzministers. Sie haben zwar viel über Bund-Länder-Finanzierung gesprochen, was interessant ist; es stellt sich aber die Frage, was mit diesen 200 Stellen geschieht, mit denen die Hochschulen schon rechnen konnten. Dies bedeutet 50 Millionen Euro über vier Jahre. Was ist mit diesen 50 Millionen Euro? Werden sie jetzt aus einem anderen Haushaltskapitel genommen, aus einem anderen Etat, oder gehen sie den Hochschulen verloren?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Ich mache noch darauf aufmerksam: Als Nächster hatte sich noch Kollege Hofmann zu einer Zwischenbemerkung gemeldet. Sie haben jetzt aber noch nicht das Wort. Zunächst antwortet der Staatsminister auf den Kollegen Gehring. Bitte schön.

Staatsminister Dr. Ludwig Spaenle (Kultusministerium): Die 196 Stellen sind, wenn Sie so wollen, Teil der demografischen Rendite, zu deren Verbleib im Schulsystem die CSU-Fraktion einen klaren Beschluss gefasst hat.

Die Entwicklung der Stellenzahl an den Hochschulen wird bis 2017 durch den Hochschulpakt geregelt, sofern es um studienplatzabhängige Stellenzuweisungen geht. Insofern geht den bayerischen Hochschulen keine einzige Stelle verloren. Ich habe schon vor zwei Wochen die Aussage getroffen, dass durch die Entsperrung im Nachtragshaushalt jene Mittel, die in den Doppelhaushalt bereits eingestellt sind und die im Zusammenhang mit der Bund-Länder-Finanzierung Bayern zur Verfügung stehen, es uns ermöglichen, bis zu 400 zusätzliche Planstellen zu schaffen – entsprechend der Entwicklung der Studierendenzahl und der Abrufung durch die einzelnen Hochschulen und zusätzlich zu der Mehrung, die laut Doppelhaushalt ohnehin vorgesehen ist.

Die Verhandlungssituation ist komplex. Das Kontingent für die Hochschulen für angewandte Wissenschaften wird in Verhandlungen zwischen Hochschule Bayern e. V. und dem Wissenschaftsministerium bestimmt, der Anteil der Universitäten zwischen Universität Bayern e. V. und dem Wissenschaftsministerium ausgehandelt. Dann ist das zur Verfügung stehende Kontingent klar.

Entsprechend klar noch einmal die Antwort: Die Beschlüsse, die die Fraktion gefasst hat, werden mit entsprechenden Planstellen, die nicht einmal befristet sind, und Mitteln dauerhaft unterlegt, wenn das Hohe Haus so entscheidet.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Staatsminister. – Herr Kollege Hofmann, Sie haben das Wort. Bitte schön.

Michael Hofmann (CSU): Herr Minister, ich bin relativ neu in diesem Haus. Deswegen habe ich folgende Frage: Der Antrag der SPD-Fraktion sieht vor, die Staatsregierung aufzufordern, Lehrkräften ein Stellenangebot zu machen. Sind Sie mit mir der Meinung, dass es ein relativ seltsames Verständnis von Parlamentarismus ist, die Staatsregierung aufzufordern, Angebote zu unterbreiten, bevor ein Nachtragshaushalt verabschiedet, geschweige denn beraten worden ist, das heißt, bevor wir überhaupt die finanzielle Grundlage geschaffen haben?

(Inge Aures (SPD): Man merkt, dass er neu im Landtag ist!)

Sind Sie mit mir der Meinung, dass hier offensichtlich mit den Befürchtungen und Zukunftsängsten der Referendare gespielt werden soll?

(Beifall bei der CSU – Widerspruch bei der SPD)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege. – Herr Staatsminister, Sie haben das Wort.

Staatsminister Dr. Ludwig Spaenle (Kultusministerium): Über die Qualität der Debatte in der linken Hälfte des Hauses bilde ich mir ein persönliches Urteil; Sie dürfen sich das Ihre bilden.

(Prof. Dr. Michael Piazzolo (FREIE WÄHLER): Sie sitzen doch auch auf der linken Seite! – Zuruf von der SPD: Er will Staatssekretär werden!)

Es ist zwar nett, aber überflüssig, uns aufzufordern, zur Verfügung stehende Lehrplanstellen Bewerbern anzutragen; denn die entsprechende Praxis ist seit Langem Übung.

(Volkmar Halbleib (SPD): Aha!)

Das gilt auch für die entsprechenden Möglichkeiten, die mit dem Beschluss des Nachtragshaushalts zur Verfügung stehen werden.

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Staatsminister. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung. Dazu werden die beiden Anträge wieder getrennt. Zu beiden Anträgen ist namentliche Abstimmung beantragt worden.

Ich rufe jetzt zur namentlichen Abstimmung den Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion auf Drucksache 17/670 auf. Die Urnen sind an den bekannten Stellen aufgestellt. Für die Stimmabgabe in namentlicher Form sind fünf Minuten vorgesehen. Die Abstimmung ist eröffnet.

(Namentliche Abstimmung von 14.03 bis 14.08 Uhr)

Die fünf Minuten sind um. Ich schließe die Abstimmung und bitte darum, das Ergebnis außerhalb des Saals auszuzählen.

Wir kommen sofort zur nächsten namentlichen Abstimmung, diesmal über den Dringlichkeitsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 17/686. Die Abstimmung ist wiederum eröffnet. Ich bitte Sie, Ihre Stimme abzugeben. Für die Abstimmung sind diesmal drei Minuten vorgesehen.

(Namentliche Abstimmung von 14.09 bis 14.12 Uhr)

Die drei Minuten sind um. Damit schließe ich die namentliche Abstimmung. Das Ergebnis wird außerhalb des Saales ermittelt und Ihnen zu gegebener Zeit mitgeteilt. Ich fahre in der Tagesordnung fort und bitte, die Plätze einzunehmen. Wenn dies geschehen ist, bin ich in der Lage, den nächsten Tagesordnungspunkt aufzurufen.

(...)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Rinderspacher, Güll, Kohnen und andere und Fraktion der SPD betreffend "Ankündigungen in Taten umsetzen – mit neuen Planstellen jungen Lehrerinnen und Lehrern sofort eine Anstellungsperspektive eröffnen", Drucksache 17/670: Mit Ja haben 68 gestimmt, mit Nein haben 87 gestimmt, Stimmenthaltungen: keine. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 2)

Nachgezogener Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Bause, Hartmann, Gehring und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend "Stellenerhalt zugunsten von Nachwuchslehrkräften!", Drucksache 17/686: Mit Ja haben 68 gestimmt, mit Nein haben 86 gestimmt, Stimmenthaltungen: keine. Damit ist auch dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 3)

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 13.02.2014 zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Martin Güll, Natascha Kohnen u. a. und Fraktion SPD; Ankündigungen in Taten umsetzen - mit neuen Planstellen jungen Lehrerinnen und Lehrern sofort eine Anstellungsperspektive eröffnen (Drucksache 17/670)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich	Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus	X			Gehring Thomas	X		
Aigner Ilse				Gerlach Judith		X	
Aiwanger Hubert				Gibis Max		X	
Arnold Horst	X			Glauber Thorsten			
Aures Inge	X			Dr. Goppel Thomas			
				Gote Ulrike	X		
Bachhuber Martin		X		Gottstein Eva	X		
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter	X			Güll Martin	X		
Bauer Volker		X		Güller Harald	X		
Baumgärtner Jürgen		X		Guttenberger Petra		X	
Prof. Dr. Bausback Winfried		X					
Bause Margarete				Haderthauer Christine			
Beißwenger Eric		X		Halbleib Volkmar	X		
Dr. Bernhard Otmar				Hartmann Ludwig	X		
Biedefeld Susann	X			Heckner Ingrid		X	
Blume Markus		X		Heike Jürgen W.		X	
Bocklet Reinhold		X		Herold Hans		X	
Brannekämper Robert		X		Dr. Herrmann Florian		X	
Brendel-Fischer Gudrun		X		Herrmann Joachim			
Brückner Michael		X		Dr. Herz Leopold	X		
von Brunn Florian	X			Hiersemann Alexandra	X		
Brunner Helmut				Hintersberger Johannes		X	
				Hofmann Michael		X	
Celina Kerstin	X			Holetschek Klaus		X	
				Dr. Hopp Gerhard		X	
Dettenhöfer Petra		X		Huber Erwin		X	
Dorow Alex		X		Dr. Huber Marcel		X	
Dünkel Norbert		X		Dr. Huber Martin		X	
Dr. Dürr Sepp	X			Huber Thomas		X	
				Dr. Hünnerkopf Otto		X	
Eck Gerhard		X		Huml Melanie		X	
Dr. Eiling-Hütig Ute		X					
Eisenreich Georg		X		Imhof Hermann		X	
Fackler Wolfgang		X		Jörg Oliver		X	
Dr. Fahn Hans Jürgen	X						
Fehlner Martina	X			Kamm Christine	X		
Felbinger Günther	X			Kaniber Michaela		X	
Flierl Alexander		X		Karl Annette	X		
Dr. Förster Linus	X			Kirchner Sandro		X	
Freller Karl		X		Knoblauch Günther	X		
Füracker Albert		X		König Alexander		X	
				Kohnen Natascha	X		
Ganserer Markus	X			Kränzle Bernd		X	
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul	X			Dr. Kränzlein Herbert	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Kraus Nikolaus	X		
Kreitmair Anton		X	
Kreuzer Thomas			
Kühn Harald		X	
Ländner Manfred		X	
Lederer Otto		X	
Leiner Ulrich	X		
Freiherr von Lerchenfeld Ludwig		X	
Lorenz Andreas		X	
Lotte Andreas	X		
Dr. Magerl Christian	X		
Dr. Merk Beate			
Meyer Peter			
Mistol Jürgen			
Müller Emilia		X	
Müller Ruth			
Müller Ulrike			
Mütze Thomas	X		
Muthmann Alexander	X		
Neumeyer Martin		X	
Nussel Walter		X	
Osgyan Verena			
Petersen Kathi	X		
Pfaffmann Hans-Ulrich	X		
Prof. Dr. Piazolo Michael	X		
Pohl Bernhard	X		
Pschierer Franz Josef			
Dr. Rabenstein Christoph	X		
Radlmeier Helmut		X	
Rauscher Doris	X		
Dr. Reichhart Hans		X	
Reiß Tobias		X	
Dr. Rieger Franz		X	
Rinderspacher Markus	X		
Ritt Hans		X	
Ritter Florian			
Roos Bernhard	X		
Rosenthal Georg	X		
Rotter Eberhard		X	
Rudrof Heinrich		X	
Rüth Berthold			
Sauter Alfred		X	
Scharf Ulrike		X	
Scheuenstuhl Harry	X		
Schindler Franz	X		
Schmidt Gabi	X		
Schmitt-Bussinger Helga	X		
Schöffel Martin		X	
Schorer Angelika		X	
Schorer-Dremel Tanja		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schreyer-Stäblein Kerstin		X	
Schulze Katharina	X		
Schuster Stefan	X		
Schwab Thorsten		X	
Dr. Schwartz Harald		X	
Schweiger Tanja	X		
Seehofer Horst			
Seidenath Bernhard		X	
Sem Reserl		X	
Sengl Gisela			
Sibler Bernd		X	
Dr. Söder Markus			
Sonnenholzner Kathrin			
Dr. Spaenle Ludwig		X	
Stachowitz Diana	X		
Stamm Barbara			
Stamm Claudia	X		
Steinberger Rosi	X		
Steiner Klaus		X	
Stierstorfer Sylvia		X	
Stöttner Klaus		X	
Straub Karl		X	
Streibl Florian	X		
Strobl Reinhold	X		
Ströbel Jürgen		X	
Dr. Strohmayr Simone	X		
Stümpfig Martin	X		
Tasdelen Arif	X		
Taubeneder Walter		X	
Tomaschko Peter		X	
Trautner Carolina		X	
Untertländer Joachim		X	
Dr. Vetter Karl	X		
Vogel Steffen		X	
Waldmann Ruth	X		
Prof. Dr. Waschler Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst		X	
Weikert Angelika	X		
Dr. Wengert Paul	X		
Werner-Muggendorfer Johanna	X		
Westphal Manuel		X	
Widmann Jutta	X		
Wild Margit	X		
Winter Georg		X	
Winter Peter			
Wittmann Mechthilde		X	
Woerlein Herbert	X		
Zacharias Isabell	X		
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno	X		
Gesamtsumme	68	87	0

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 13.02.2014 zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring u. a. und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN; Stellenerhalt zugunsten von Nachwuchslehrkräften! (Drucksache 17/686)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich	Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus	X			Gehring Thomas	X		
Aigner Ilse		X		Gerlach Judith		X	
Aiwanger Hubert				Gibis Max		X	
Arnold Horst	X			Glauber Thorsten			
Aures Inge	X			Dr. Goppel Thomas			
				Gote Ulrike	X		
Bachhuber Martin		X		Gottstein Eva	X		
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter	X			Güll Martin	X		
Bauer Volker				Güller Harald	X		
Baumgärtner Jürgen		X		Guttenberger Petra		X	
Prof. Dr. Bausback Winfried		X					
Bause Margarete				Haderthauer Christine			
Beißwenger Eric		X		Halbleib Volkmar	X		
Dr. Bernhard Otmar				Hartmann Ludwig	X		
Biedefeld Susann	X			Heckner Ingrid		X	
Blume Markus		X		Heike Jürgen W.		X	
Bocklet Reinhold		X		Herold Hans		X	
Brannekämper Robert		X		Dr. Herrmann Florian		X	
Brendel-Fischer Gudrun		X		Herrmann Joachim		X	
Brückner Michael		X		Dr. Herz Leopold	X		
von Brunn Florian	X			Hiersemann Alexandra	X		
Brunner Helmut				Hintersberger Johannes		X	
				Hofmann Michael		X	
Celina Kerstin	X			Holetschek Klaus		X	
				Dr. Hopp Gerhard		X	
Dettenhöfer Petra		X		Huber Erwin		X	
Dorow Alex		X		Dr. Huber Marcel		X	
Dünkel Norbert		X		Dr. Huber Martin		X	
Dr. Dürr Sepp	X			Huber Thomas		X	
				Dr. Hünnerkopf Otto		X	
Eck Gerhard		X		Huml Melanie		X	
Dr. Eiling-Hütig Ute		X					
Eisenreich Georg		X		Imhof Hermann		X	
Fackler Wolfgang		X		Jörg Oliver		X	
Dr. Fahn Hans Jürgen	X						
Fehlner Martina	X			Kamm Christine	X		
Felbinger Günther	X			Kaniber Michaela		X	
Flierl Alexander		X		Karl Annette	X		
Dr. Förster Linus	X			Kirchner Sandro		X	
Freller Karl		X		Knoblauch Günther	X		
Füracker Albert		X		König Alexander		X	
				Kohnen Natascha	X		
Ganserer Markus	X			Kränzle Bernd		X	
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul	X			Dr. Kränzlein Herbert	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Kraus Nikolaus	X		
Kreitmair Anton		X	
Kreuzer Thomas			
Kühn Harald		X	
Ländner Manfred		X	
Lederer Otto		X	
Leiner Ulrich	X		
Freiherr von Lerchenfeld Ludwig		X	
Lorenz Andreas		X	
Lotte Andreas			
Dr. Magerl Christian	X		
Dr. Merk Beate			
Meyer Peter			
Mistol Jürgen	X		
Müller Emilia		X	
Müller Ruth			
Müller Ulrike			
Mütze Thomas	X		
Muthmann Alexander	X		
Neumeyer Martin		X	
Nussel Walter		X	
Osgyan Verena			
Petersen Kathi	X		
Pfaffmann Hans-Ulrich	X		
Prof. Dr. Piazolo Michael	X		
Pohl Bernhard	X		
Pschierer Franz Josef			
Dr. Rabenstein Christoph	X		
Radlmeier Helmut		X	
Rauscher Doris	X		
Dr. Reichhart Hans		X	
Reiß Tobias		X	
Dr. Rieger Franz		X	
Rinderspacher Markus	X		
Ritt Hans			
Ritter Florian			
Roos Bernhard	X		
Rosenthal Georg	X		
Rotter Eberhard		X	
Rudrof Heinrich		X	
Rüth Berthold			
Sauter Alfred		X	
Scharf Ulrike		X	
Scheuenstuhl Harry	X		
Schindler Franz	X		
Schmidt Gabi	X		
Schmitt-Bussinger Helga	X		
Schöffel Martin		X	
Schorer Angelika			
Schorer-Dremel Tanja		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schreyer-Stäblein Kerstin		X	
Schulze Katharina	X		
Schuster Stefan	X		
Schwab Thorsten		X	
Dr. Schwartz Harald		X	
Schweiger Tanja	X		
Seehofer Horst			
Seidenath Bernhard		X	
Sem Reserl		X	
Sengl Gisela			
Sibler Bernd		X	
Dr. Söder Markus			
Sonnenholzner Kathrin			
Dr. Spaenle Ludwig		X	
Stachowitz Diana	X		
Stamm Barbara			
Stamm Claudia	X		
Steinberger Rosi	X		
Steiner Klaus		X	
Stierstorfer Sylvia		X	
Stöttner Klaus		X	
Straub Karl		X	
Streibl Florian	X		
Strobl Reinhold	X		
Ströbel Jürgen		X	
Dr. Strohmayr Simone	X		
Stümpfig Martin	X		
Tasdelen Arif	X		
Taubeneder Walter		X	
Tomaschko Peter		X	
Trautner Carolina		X	
Unterländer Joachim		X	
Dr. Vetter Karl	X		
Vogel Steffen		X	
Waldmann Ruth	X		
Prof. Dr. Waschler Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst		X	
Weikert Angelika	X		
Dr. Wengert Paul	X		
Werner-Muggendorfer Johanna	X		
Westphal Manuel		X	
Widmann Jutta	X		
Wild Margit	X		
Winter Georg		X	
Winter Peter			
Wittmann Mechthilde		X	
Woerlein Herbert	X		
Zacharias Isabell	X		
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno	X		
Gesamtsumme	68	86	0